

ANTRAG

der Fraktion der CDU

Bildung muss Chefsache werden – Sondervermögen Bildung einrichten – Attraktivität Lehrerberuf verbessern – mehr Praxisnähe im Lehramtsstudium

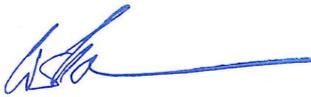
Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Das Bildungswesen in Mecklenburg-Vorpommern befindet sich in einer Krise. Fehlende Lehrkräfte, gerade in den wichtigen MINT-Bereichen, führen zu einem stetig anwachsenden Unterrichtsausfall. Der Versuch, diesen über Vertretungsstunden auszugleichen, führt zu erheblichen Belastungen der Lehrkräfte, die infolgedessen zu vermehrten Krankschreibungen und einer erhöhten Teilzeitquote bei den Lehrkräften führen.
2. Zugleich kritisieren Lehrkräfte, Gewerkschaften, Verbände, Unternehmen, Hochschulen und auch Eltern, dass das Schulsystem unter den derzeitigen Bedingungen nicht mehr in der Lage zu sein scheint, die Mindestkompetenzen in den Bereichen Lesen, Schreiben und Rechnen für eine erfolgreiche Vorbereitung auf ein Berufsleben an die Schülerinnen und Schüler zu vermitteln. Aufgrund des Lehrkräftemangels und der Maßnahmen, um diesen auszugleichen, kommen gerade wichtige individuelle Förderungen und die Zeit für pädagogische Arbeit im Schulalltag, die über die reine Stoff- und Wissensvermittlung hinausgehen würde, zu kurz.
3. Die von der Landesregierung zum Schuljahresbeginn veröffentlichten Zahlen zum Thema Schule waren alarmierend. Das Schuljahr 2023/2024 startete mit der Tatsache, dass der Pflichtunterricht in einzelnen Schulen des Landes erstmals nicht mehr abgesichert werden konnte. Das bisherige Sammelsurium an Maßnahmen, mit dem Ziel, dem Lehrermangel zu begegnen, entfaltet offensichtlich keine Wirkung. Bereits in diesem Schuljahr mussten deshalb Klassen zusammengelegt, jahrgangsübergreifender Unterricht oder auch Angebote der Digitalen Landesschule genutzt werden.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

- dem Thema Bildung und Schule im anstehenden Doppelhaushalt 2024/2025 sowie den kommenden Landeshaushalten oberste Priorität einzuräumen. Dafür wird ein Sondervermögen Bildung im Umfang von mindestens 300 Mio. Euro für die Jahre 2024-2030 gebildet. Dieses wird durch jährliche Zuführungen aus dem Landeshaushalt gespeist. Im Haushaltjahr 2024 werden 20 Mio. Euro, im Haushaltsjahr 2025 30 Mio. Euro und in den darauffolgenden fünf Haushaltsjahren jeweils mindestens 50 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.
- bis zum 01.08.2024 ein umfassendes Konzept zur Lehrgewinnung und Neustrukturierung der Lehrerbildung zu entwickeln. Inhalt des Konzepts muss zwingend eine attraktivere Gestaltung der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte sein, so dass sich mehr junge Menschen für den Lehrberuf entscheiden und weniger Lehrkräfte das System vorzeitig verlassen.
- das Curriculum des Lehramtsstudiums bis zum Beginn des Wintersemesters 2024/2025 in Zusammenarbeit mit den Hochschulen zu überarbeiten. Dabei muss insbesondere auf die wachsende Kritik an der fehlenden Praxisnähe eingegangen werden.
- die Ausfall- und Vertretungsstatistik ab dem Schuljahr 2023/2024 wieder halbjährlich zu erfassen und zu veröffentlichen.



Franz-Robert Liskow und Fraktion

Begründung:

Bundesweite Bildungsstudien sehen Mecklenburg-Vorpommern stetig auf den hinteren Plätzen. Gleichzeitig beklagen Eltern, Schülerinnen und Schüler eine steigende Anzahl an Unterrichtsausfällen. Mittlerweile erhalten Schülerinnen und Schülern in einzelnen Fächern keine Zeugnisnote aufgrund des nicht erteilten Unterrichts.

Die Landesregierung versucht, mit verschiedensten Maßnahmen wie Werbekampagnen und Zulagenzahlungen an Lehrkräfte und Referendare dem Lehrkräftemangel und der hohen Teilzeitquote entgegenzuwirken. Eine grundlegende Entlastung der Lehrkräfte und eine wirkliche Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs findet aber nicht statt. Vielmehr handelt es sich um eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen, die das Problem zu kaschieren versuchen, aber ein herzhaftes Anpacken vermissen lassen. Zu Beginn dieses Schuljahrs war es in der Folge erstmals nicht möglich, den Pflichtunterricht an den öffentlichen Schulen in Mecklenburg-Vorpommern durchgehend abzusichern.

Notwendig ist deshalb eine koordinierte, aufeinander abgestimmte und finanziell prioritäre Bildungspolitik. Mit der Bildung eines Sondervermögens Bildung, welches anders als beispielsweise das Sondervermögen Bundeswehr nicht schuldenfinanziert ist, sondern sich aus Zuführungen aus dem regulären Landeshaushalt speist, macht die Landespolitik die Bedeutung, die Bildungspolitik im Landeshaushalt haben muss, deutlich und schafft Handlungsspielräume, um wirkliche Entlastungen und Lösungen, wie z.B. Absenkung der Pflichtstundenanzahl und bessere Einbindung digitaler Unterstützungsmöglichkeiten zu schaffen. Darüber hinaus kann mit Mitteln des Sondervermögens Bildung der nach wie vor bestehende Sanierungsrückstand an den Schulen in Mecklenburg-Vorpommern wirksam verringert werden.